

## Tätigkeitsbericht 2018

Die Kommission Sucht und Drogen (KSD) führte im Jahre 2018 ihre Arbeit mit einer stabilen personellen Besetzung fort. Sämtlichen aktiven Mitgliedern ist für den Einsatz und die Mitarbeit auf allen Ebenen der Kommissionstätigkeit von den gemeinsamen Diskussionen, Positionierungen, Stellungnahmen, Veröffentlichungen, Veranstaltungsvorbereitung und -teilnahme und den zusätzlichen Aktivitäten zu danken.

Es fanden insgesamt drei Sitzungen im zurückliegenden Jahr statt. Inhaltlich überwogen schwerpunktmäßig

1. die Cannabisproblematik, das heißt sowohl die medizinische Verwendung von Cannabis als auch die Frage der „Freigabe“,
2. die neuen Umsetzungsschwierigkeiten bei psychiatrischer Zwangsbehandlung, die sich durch jüngste BVG-Entscheidungen nochmals verschärften und
3. die Veröffentlichung eines Themenheftes „Sucht und Drogen“ in unserem „Ärzteblatt Sachsen“.
4. Besonders schwerwiegend wurde von den Kommissionsmitgliedern der eklatante Mangel an ärztlichem Nachwuchs für das Fachgebiet festgestellt, der erhebliche negative Folgen erwarten lässt.

Ergänzende Probleme und Akzentuierungen wurden darüber hinaus bearbeitet.

So nahm den breitesten Raum bei den Kommissionssitzungen und in der täglichen Arbeit die Cannabisproblematik ein. Es war der Kommission möglich, unserem Präsidenten in jeder Form und nachhaltig Unterstützung für seine Positionierung in der Bundesärztekammer, in der Öffentlichkeit auf diesem Feld zu geben. Die Sächsische Landesärztekammer kann als gemeinsames Ergebnis eine wissenschaftlich begründete Basis für den Cannabiseinsatz in der Medizin nicht erkennen. Nach unserer gemeinsamen Ansicht braucht die Medizin Cannabis nicht. So fiel auch die Quintessenz einer Veranstaltung im Plenarsaal der Kammer am 18.7.2018 aus, bei der der Präsident, Erik Bodendieck, sich nochmals klar positionierte, die CaPRis- Studie durch die führende Autorin, Priv.-Doz. Dr. Eva Hoch, breit dargestellt wurde und für die sächsische Kommission „Sucht und Drogen“ Dr. Frank Härtel aus sächsischen epidemiologischen Befunden und der Kriminalstatistik Schlussfolgerungen ableitete. Nach Ansicht der Kommission „Sucht und Drogen“ besteht unter Cannabis eine generelle Fahruntauglichkeit und individueller Waffenbesitz bleibt genauso ausgeschlossen. Die bereits im Bundestag und seinem Gesundheitsausschuss angelaufene Diskussion über die weitere Lockerung des Umgangs mit Cannabis in der Gesellschaft bis zur Freigabe halten wir für völlig verfehlt. Es gibt erheblich steigende Erkrankungszahlen und andere Negativeffolgen im Bereich der Schulbildung und der beruflichen Ausbildung unter Cannabis. Deren Zunahme lief parallel mit dem Medienecho pro Cannabis.

Die Folgen solcher Entgrenzung haben wir 2018 in Sachsen zu registrieren gehabt. Es sind zwei Wohnstätten für jugendliche Drogenabhängige unter 35 Jahren, die bereits chronisch multimorbid geschädigt sind und selbstständig nicht in eigener Verantwortung existieren können, bei Zittau und Altscherbitz mit jeweils rund 20 Plätzen eröffnet. Für eine dritte Einrichtung steht das bei Obermunzig unmittelbar bevor.

Zwar nahm 2018 der Umfang des Methamphetaminkonsums und seiner Folgen tendenziell ab. Der epidemiologische Zenit scheint möglicherweise vorerst überschritten. Besondere Aufmerksamkeit benötigt aber die Behandlung der zahlreichen intoxikierten oder im Substanzentzug befindlichen geschädigten Neugeborenen methamphetaminabhängiger Mütter. Für diese Patientengruppe fehlt eine ausreichende Behandlungsfrist nach ihrer Geburt für das Abklingen von Intoxikation oder Entzug und den damit verbundenen Folgen bei den Neugeborenen. Die Kommission „Sucht und Drogen“ fordert von den Krankenkassen entsprechende Vereinbarungen mit den zuständigen Kliniken für die Gewährleistung medizinischer Behandlungsqualität und unterstützt entsprechende Bemühungen der klinischen Vertreter in vollem Umfang. Auch beim Opioidkonsum und seinen Komplikationen kann aktuell keine Entspannung erkannt werden. Wohin aber großzügigerer Umgang mit dieser Substanzgruppe sehr rasch führen kann, zeigt das aktuelle Katastrophenbeispiel USA. Dort gibt es wöchentlich über 1.000 Opioidtote. Es sterben also wöchentlich mehr Amerikaner durch illegal erworbene oder großzügig verordnete Opioide als durch Schusswaffen, KFZ-Unfälle und THC.

Am 24.4.2018 fand in der Sächsischen Landesärztekammer eine gemeinsame Veranstaltung zwischen Juristen und psychiatrischen Fachvertretern zu dem Themenkreis Zwangsbehandlung in der Psychiatrie statt. In der Vorbereitung war die Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und insbesondere unserer Rechtsabteilung unentbehrlich. Die Veranstaltung wurde von allen Beteiligten positiv reflektiert und führte zu ersten regionalen Verbesserungen. Die Lage in der Psychiatrie hat sich unterjährig demgegenüber durch eine weitere BVG-Entscheidung noch verschärft, da nun nicht nur die Behandlungsdurchführung, sondern auch die manchmal nötige Fixation, nun mit einem Grenzwert von über 30 Minuten angegeben, nur noch mit Richterentscheid und auf Anordnung möglich sind. Wenn hier keine neue Zusammenarbeit zwischen Juristen und Ärzten gelingt, die ein einfaches und rasches Handeln erlaubt, werden die Patienten auf der Strecke bleiben, der ärztliche Nachwuchs und anderes Fachpersonal noch eher wegbleiben, weil sie untragbare Zustände in psychiatrischen Kliniken erleben, auszuhalten und zu verarbeiten haben, weil qualifizierte Helfer aus praxisfernen juristischen Überlegungen nicht tun dürfen, was sie können und was Patienten hilft. Negativlernen am Beispiel wird zu weiteren Personalengpässen führen, die psychiatrische Behandlung verschlechtern und Patienten Nachteile bringen. Im 1. Halbjahr 2019 planen wir deshalb eine erneute Veranstaltung zur aktuellen Problemlage mit Juristen und Ärzten aus der Praxis.

Von suchtkranken ärztlichen Kollegen werden wir häufiger als in der Vergangenheit spontan angesprochen und um Hilfe gebeten. Manche indizierte Behandlung kommt leider aus Kostengründen nicht zur Durchführung. Hier bleibt in den kommenden Jahren eine Aufgabe für die Kommission „Sucht und Drogen“ präsent, erkrankten Kollegen bei der finanziellen Sicherung einer adäquaten Behandlung über das ärztliche Versorgungswerk zu helfen.

Nach der nächsten Kammerwahl wird die Kommission „Sucht und Drogen“ in veränderter Besetzung und mit neuer Leitung ihre Tätigkeit fortsetzen, da die langjährigen Mitglieder Dr. Andreas Prokop und Dr. Frank Härtel aus persönlichen Gründen und altersbedingt ausscheiden.

Dr. Frank Härtel, Zwickau, Vorsitzender  
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2018“)